
FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft



Ingrid Kurz-Scherf: Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Vollbeschäftigung

Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, geb. 1949 in Trier, Studium der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre in Saarbrücken und Köln, lehrt Politikwissenschaft an der Fachhochschule Bielefeld.

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998 haben 38 Prozent der männlichen Wahlberechtigten im Alter zwischen 18 und 24 Jahren rechtsradikal gewählt. Das sind fast doppelt so viele Stimmen wie SPD und CDU zusammen in dieser Wählergruppe erreichten. Insgesamt erhielt die rechtsradikale „Deutsche Volksunion (DVU)“ bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 13 Prozent der Stimmen, darunter über 60 Prozent männlicher Wahlberechtigter. 53 Prozent der DVU-Wähler gehörten zur Berufsgruppe „Arbeiter“; den höchsten Stimmenanteil hatte sie mit 23 Prozent unter jugendlichen Auszubildenden; nur 3 Prozent der Rentner hatten DVU gewählt, demgegenüber lag deren Stimmenanteil sowohl bei den Berufstätigen wie bei den Arbeitslosen bei 17 Prozent. Das rechtsradikale Wahlverhalten korrespondierte darüber hinaus auch sehr deutlich mit der Einbindung in soziale Institutionen: die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wählten zu 22 Prozent DVU, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter dagegen „nur“ zu 15 Prozent; unter den konfessionell gebundenen Wahlberechtigten erreichte die DVU nur 8 Prozent der Stimmen, unter den konfessionsfreien dagegen 16 Prozent¹.

In den Kommentaren zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wird regelmäßig ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der dort selbst für Ostdeutschland überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit sowie schlechten ökonomischen Lage und dem Stimmenanteil der DVU hergestellt. Rechtsradikalismus wird so zur hilflosen Verzweiflungstat wehrloser Opfer einer gesellschaftlichen Entwicklung umgedeutet, die massenhaft Menschen in Armut und existenzielle Verunsicherung stürzt, und vor allem junge Menschen dem Stigma der Entbehrlichkeit aussetzt. Aber Rechtsradikalismus und faschistoide Orientierungen lassen sich zum einen nicht ausschließlich

¹ Alle Angaben nach Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen-Anhalt: eine Analyse der Landtagswahl vom 26. April 1998.

auf soziale Ursachen zurückführen, und zum anderen erwachsen sie oft mehr aus der Angst vor sozialem Abstieg und aus anderen, oft eher diffusen Bedrohungsängsten als aus real erlebten Tatbeständen. Einen aktuellen Beleg für diese These bietet auch der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt. Erstens verdankte er sich besonders. auch der erfolgreichen Mobilisierung von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in einer Region mit einem vergleichsweise minimalen Ausländeranteil. Zweitens war der Anteil der DVU-Wähler unter der Berufstätigen genauso groß wie unter den Arbeitslosen; und unter den jugendlichen Auszubildenden lag er noch höher als bei den Jugendlichen ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

Die Ursachen des Rechtsradikalismus lassen sich nicht exklusiv als Folge von Arbeitslosigkeit interpretieren. Allerdings zeigt ein Blick nach Frankreich, Österreich, Italien und USA, natürlich auch nach Westdeutschland, dass Rechtsradikalismus und faschistoide Neigungen auch nicht einfach als Erben des Autoritarismus sozialistisch verbrämter Parteidiktaturen verstanden werden können. Sie beschränken sich gerade nicht auf die deklassierten, ehemaligen „Helden der Arbeit“ bzw. auf die Männer in the blue collar uniform. Auch bei den Herren in dezentem Grau oder Blau mit feinen Nadelstreifen, ja selbst unter wohl bestallten Intellektuellen und Künstlern findet der Rechtsradikalismus auch in seiner faschistoiden Ausprägung durchaus Unterstützung. Dort, also in der Mitte der modernen Gesellschaften und auf den höheren Rängen der Macht- und Statushierarchien, sitzen seine geistigen Wegbereiter, politischen Drahtzieher und seine Finanziere. Auch Frauen sind keineswegs resistent gegen Rechtsradikalismus und Faschismus. Der signifikante Unterschied des Stimmenanteils der DVU bei Männern und Frauen, mehr noch die geschlechtsspezifische Beteiligung an faschistoiden Gewaltpraktiken sowie die ideologische Verankerung in attavistischen „Männerphantasien“, weisen „die neue Rechte“ aber eindeutig als eine „Pathologie des Patriarchats“ aus. An ihr wirken - wie am Patriarchat selbst - auch Frauen mit. Dennoch stellt der Rechtsradikalismus vorrangig ein Männerproblem dar, dessen Ursachen u.a. auch im Wandel der Geschlechterverhältnisse liegen, welcher von Frauen eher vorangetrieben, von Männern eher abgewehrt wird.

Gegen die Gefährdungen, denen die modernen Demokratien heutzutage von rechts ausgesetzt sind, bieten die „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ oder „Arbeit für alle“ keine Gewähr. Erst recht nicht hilft die bloße Forderung nach Vollbeschäftigung und Arbeit für alle. Es sind im Gegenteil gerade diese Forderungen, mit denen die neue Rechte ihre Wählerschaft und ihre Anhängerschaft mobilisiert. Mit der immer größeren Diskrepanz zwischen dem Stellenwert der Forderung nach „Arbeit! Arbeit! Arbeit!“ und dem tatsächlich zu registrierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit liefert die Demokratie ihren rechten Kontrahenten die Argumente - und zwar unabhängig davon, ob und inwieweit sich das rechtsradikale und faschistoide Potential tatsächlich aus der Erfahrung von oder der Angst vor Arbeitslosigkeit aufbaut. Das bedeutet aber auch: Die demokratischen Parteien, Bewe-

gungen und Institutionen lenken dann und so lange Wasser auf rechtsradikale Mühlen, wie sie einerseits selbst die zum Prüfstein der Demokratie stilisierte Herausforderung Massenarbeitslosigkeit nicht bewältigen bzw. noch nicht einmal wirklich glaubhaft angehen, andererseits Arbeitslosigkeit als zentrales - allen anderen Dimensionen des gegenwärtigen Wandels und allen anderen darin enthaltenen Chancen und Risiken vorgelagertes und übergeordnetes - Problem verabsolutieren und gleichzeitig bedingungslos an Vollbeschäftigung und „Arbeit für alle“ festhalten. Selbst die urdemokratische Forderung nach dem Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie besorgt vor diesem Hintergrund das Geschäft des Rechtsradikalismus, weil sie leicht umzulenken ist in das Verlangen nach einem autoritären Staat - wenn denn die Demokratie den aktuell tatsächlich zu verzeichnenden Primat der Ökonomie gegenüber der Politik nicht nur nicht zu brechen imstande ist, sondern sogar noch (Stichwort: Euro) aktiv befördert.

Die unrealisierte Forderung nach „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ treibt rechte Mühlen an, aber auch der „Abschied von der Vollbeschäftigung“ - jedenfalls dann und so lange, wie er weder ein alternatives Modell sozialer Integration und Kooperation anzubieten noch einen darauf orientierten Diskurs zu initiieren imstande ist.

Mit dem „Abschied von der Vollbeschäftigung“ im Kontext der These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ verband sich in den achtziger Jahren zweifellos der Versuch, dem „unvollendeten Projekt der Moderne“ eine neue Perspektive jenseits des Produktivismus und Konsumismus der Industriegesellschaft zu geben. Dieser Versuch ist aber sowohl theoretisch wie praktisch gescheitert. Übrig geblieben ist davon nicht sehr viel mehr als der „Abschied von der Vollbeschäftigung“ im Sinn einer mehr oder minder defätistischen Kapitulation vor zunehmender Massenarbeitslosigkeit, zu der es allem Anschein nach nur noch die Alternative einer zunehmenden Anzahl von working poor gibt. Die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft beruhte auf zwei grundlegenden Irrtümern. Der erste Irrtum bestand in der Einschätzung, dass sich die Bedeutung von Arbeit im individuellen Lebenskontext ebenso wie im politischen, sozialen und kulturellen Gefüge der modernen Gesellschaften verliert mit der Tendenz zur „subjektiven Belanglosigkeit der Arbeitssphäre“ (Offe). Der zweite Irrtum war die Annahme, dass dem quantitativen Rückgang des Volumens an bezahlter Arbeit auch ein qualitativer Bedeutungsverlust von Arbeit im ökonomischen und sozialen System der modernen Gesellschaften entspricht.

Immerhin enthielt die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft aber wenigstens den Versuch, den permanenten Rückgang des gesellschaftlichen Bedarfs an bezahlter Arbeit mit der Individualisierung, Pluralisierung und Dynamisierung der Lebensverhältnisse zu verbinden zu einer neuen Perspektive: Gesellschaftliche Entwicklung und individuelle Entfaltung sollten jenseits der überlebten Fixierung auf Arbeit in der tradierten Form der abhängigen Beschäftigung und nach den tradierten Regularien des sog. Nor

malarbeitsverhältnisses gedacht werden. Dass der Versuch gescheitert ist, liegt nicht nur an den ihm zugrunde liegenden Irrtümern, sondern auch an der Dominanz der Vollbeschäftigungsideologie. Sie immunisierte sich gegen Kritik und alternative Optionen sozialer Integration und Kooperation paradoxerweise gerade in ihrer möglicherweise finalen Krise.

Die Crux der Vollbeschäftigung liegt aber darin, dass dieses Konzept an einen Arbeitsbegriff, an ein Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung, an Wert- und Bedeutungshierarchien individuellen und sozialen Handelns gebunden ist, innerhalb derer die modernen Gesellschaften keinen Zusammenhalt mehr finden können - die westlichen ebenso wenig wie die östlichen, die früh industrialisierten Länder ebenso wenig wie die sich erst neuerdings industrialisierenden Länder. Dem wird in den aktuellen Debatten um die Zukunft der Arbeit und Arbeit der Zukunft durchaus Rechnung getragen, indem beispielsweise die Rede ist von der „Vollbeschäftigung neuen Typs“, die es zu realisieren gelte. Aber bei genauerem Hinsehen bleibt diese Rede von Vollbeschäftigung fixiert auf Wachstum, das auch dann als industrielles Wachstum gedacht wird, wenn von der neuen Dienstleistungs-, Informations-, Wissens-, Mediengesellschaft gesprochen wird. Im Kontext von Vollbeschäftigungsdiskursen meint Innovation immer noch nur oder in erster Linie technische oder technokratische Innovation. Der mit der Vollbeschäftigung assoziierte Leistungsbegriff ist und bleibt fokussiert auf rechenhafte Leistung und Macht, die sich nach der Anzahl der Untergebenen, nach Bilanzsummen und Marktanteilen bemisst. Arbeit ist im Vollbeschäftigungsdiskurs in erster Linie „produktive Tätigkeit“ geblieben, die sich in materiellen, aneignungsfähigen Produkten darstellt. Die alte Ignoranz und Geringschätzung aller Arbeit, die sich „nur“ im Wohlergehen von Menschen manifestiert, die sich nicht im Gestus von Herrschaft, sondern in dem der Sorge für und um andere darstellt, aus der sich keine Unterwerfungsmacht ableitet und der gegenüber solche auch kaum praktikierbar ist, kurz: die alte Ignoranz und Geringschätzung aller Arbeit, die man(n) traditionell als Frauenarbeit ansieht, und die sich früher in Feststellungen wie „meine Frau arbeitet nicht“ ausdrückte, bestimmt auch die neue Rede von den „personenbezogenen Dienstleistungen“ Ihnen wird per se nur eine sehr niedrige Produktivität zuerkannt - mit der Folge, dass sie auch nur zum Billigtarif entlohnt werden können, wenn sie im notwendigen Volumen und in der notwendigen Verlässlichkeit denn nun tatsächlich nicht mehr zum Nulltarif erbracht werden sollten.

Das Konzept der Vollbeschäftigung ist selbstverständlich nicht nur an die Illusion vom grenzenlosen Wachstum gebunden, an den Mythos von Technik als Garant und Motor allen Fortschritts, an Produktivismus und den männlichen Wahn der Beherrschung der Natur, an die Ignoranz gegenüber der Vielfalt von Tätigkeiten und gegenüber allen Werten, die sich nicht nach Kosten-Nutzen-Kalkülen berechnen und verwerten lassen. Im Konzept der Vollbeschäftigung steckt auch der Anspruch auf soziale Integration - und zwar nicht nur im Sinn passiver Teilhabe, sondern auch und gerade im Sinn

aktiver Mitwirkung und Beteiligung. Genau deshalb, so meinen viele, müsse man an der Vollbeschäftigung als Orientierung und Verpflichtung politischen Handelns festhalten, denn genau dieser Anspruch werde mit dem Abschied von der Vollbeschäftigung aufgegeben. Das mit der Vollbeschäftigung zumindest programmatisch verteidigte Recht auf Arbeit sei ein unaufgebbares Grundrecht, das den Menschen eben nicht nur ein wenigstens existenzsicherndes Einkommen zubilligt, sondern auch das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leistungsaustausch, ohne das Menschen nicht nur zu Almosenempfängeln degradiert werden, sondern auch jeglichen Einfluss auf die Verhältnisse verlieren, unter denen sie leben.

Tatsächlich macht sich in den modernen Gesellschaften immer mehr eine Haltung breit, die Arbeit wie eine knappe Ressource oder ein knappes Gut behandelt, an der bzw. an dem nun einmal nicht mehr alle partizipieren können. Arbeit wird zum Privileg auserwählter Leistungsträger, die den Rest der Gesellschaft mit ihrer Leistung beglücken, diesen aber gleichzeitig in den Status letztendlich parasitärer Leistungsempfänger befördern. Diese Haltung firmiert allerdings nicht unter dem Etikett „Abschied von der Vollbeschäftigung“, sondern sie segelt durchaus im Wind der Vollbeschäftigungsideologie. Die darin enthaltene Spaltung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses in einen kleineren Teil gesellschaftlich anerkannter, entlohnter Arbeit und einen größeren Teil privater, gesellschaftlich ignorierte Arbeit transferiert die neue Leistungsideologie der - wie es beispielsweise im Bericht der Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern heißt - „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ auf eine neue Spaltung zwischen Arbeit im Sinn produktiver Leistung und Arbeit im Sinn von Beschäftigung. Arbeitslosigkeit ist danach in erster Linie die Konsequenz mangelnder Leistungsfähigkeit und -bereitschaft nach den Kriterien und Normen, die nun einmal im Zeitalter des High Tech, global vernetzter Leistungsstrukturen etc. gelten. Dabei mögen vorübergehend Blockaden und Friktionen auftreten, die auch potentielle Leistungsträger arbeitslos machen, die sich aber durch „Innovationsoffensiven“ und die Stärkung des Humankapitals auflösen lassen. Das eigentlich gravierende Problem sind die „Niedrigqualifizierten“ und Leistungsschwachen, die aber durchaus auch in Arbeit gebracht werden können und müssen, nur nicht in Arbeit im Sinn von Leistung, sondern in Arbeit im Sinn von Dienen.

Der praktische Nutzen dieser Krisendiagnose liegt darin, dass trotz allem High Tech und unternehmerischer Wissensakkumulation Toiletten immer noch nicht mit Selbstreinigungsanlagen ausgestattet sind, Kinder immer noch nicht als fertige Erwachsene aus der Retorte schlüpfen, die Häuser und Parks der Besserverdienenden immer noch der menschlichen Pflege bedürfen, und Roboter immer noch nicht den „Hunger nach Tertiärem“ bzw. nach dienstbaren Geistern stillen. Bei all diesem und vielem anderen können die Niedrigqualifizierten und Leistungsschwachen jede Menge „sinnvoller Beschäftigung“ finden, wenn sie und/oder der Staat nur einsehen, dass für solcherart „un- oder niedrigproduktiver Tätigkeit“ den Leistungsträgern der Gesell-

schaft keine Preise bzw. Löhne abverlangt werden können, die auch nur annähernd an die Preise bzw. Löhne heranreichen, die für hochproduktive Leistung in Rechnung gestellt werden können.

Das Projekt der Re- bzw. Neofeudalisierung der modernen Gesellschaften wird - jedenfalls so lange wie es die formalen Spielregeln der modernen Demokratien nicht außer Kraft setzt - scheitern. Die bösen jungen Männer von Sachsen-Anhalt stehen als schlecht bezahlte Gärtner, Butler, Kindermädchen und Putzhilfen nicht zur Verfügung. Bedauerlicherweise könnten sie aber mit der Form ihres Protestes gegen diese Zumutung deren Realisierung jenseits der formalen Spielregeln der modernen Demokratien (nicht heute oder morgen, aber auf längere Sicht) die notwendige Legitimation verschaffen. Aber auch diejenigen, die dem mit der Forderung nach Wiederherstellung der Vollbeschäftigung entgegenwirken wollen, könnten sich eines Tages in der Rolle der Legitimationsbeschaffer für die Abwicklung der Demokratie wieder finden - dann nämlich, wenn von ihrer Forderung endgültig nichts anderes übrig geblieben ist als „Arbeit! Arbeit! Arbeit!“ bzw. „Hauptsache Arbeit!“ - was auch immer das sei, was auch immer die Arbeit anrichtet, wie und unter welchen politischen Bedingungen auch immer endlich wieder „alle in Arbeit gebracht werden können“.

Auch der Abschied von der Vollbeschäftigung ist ein riskantes Projekt. Immerhin könnte es aber vielleicht den Blick freigeben auf die Notwendigkeit, nach einem neuen Konzept sozialer Integration und demokratischer Partizipation zu suchen, und dies auch als Herausforderung gegen diejenigen geltend zu machen, die gegen das Scheitern der Modelle von gestern nur die Regression auf Modelle von vor- und vorgestern zu setzen haben.